

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1935

59 (18.5.1935)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-897191](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-897191)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleichen wird etwa bewilligter Nachlaß hinfallig.

Abdruckpreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1,00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. DM IV 35: 542. Druck und Verlag: V. Zitz, Elsfleth. Schriftleitung: P. Zitz, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreislite 2, Nachlaßstaffel A), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigener: P. Zitz, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht. Elsfleth 17

Nr. 59 Elsfleth, Gonnabend, den 18. Mai 1935

Ergebnis der Woche

Der neue Kriegs-Pakt

Die französische Presse veröffentlicht Jubelhymnen über den Verlauf und das Ergebnis des Besuchs Lavals in Moskau. Die Moskower haben auch nichts unterlassen, diesen Besuch nach außen hin ein eindrucksvolles Gegebenen zu machen. Im Mittelpunkt aller Veranstaltungen standen militärische Paraden und Übungen, die den französischen Außenminister von der Schlagkraft der Sowjetarmee überzeugen sollten. Und was sonst noch an dem großen Krampf höflicher Veranstaltungen vergangener Zeiten gehabt haben sollte, hat man in einem prunkvollen Diebstahl zusammengefaßt, wie es in Moskau wahrheitlich den Jaren-Zeiten nicht erlebt worden ist. Was aber die französische Presse noch besonderen Grund zu lauten Lobeshymnen gibt, das sind die Abmachungen, die zwischen Laval und Stalin im Kreml für die künftige militärische Zusammenarbeit festgelegt worden sind. Und in dieser Beziehung sind Wege beschritten worden, die hoffentlich der Welt fernmachen werden, welche gefährliches Spiel Moskau begonnen worden ist. Daß man einen Austausch von höheren Offizieren zum Studium der beiderseitigen militärischen Einrichtungen vorgehen hat, daß ein wichtiger Gedanten- und Arbeitsaustausch der beiderseitigen Generalstäbe erfolgen soll, ist sich schon nichts außergewöhnliches mehr. Die Methoden hat Frankreich allen seinen bisherigen Militärbindnissen eingehalten, man aber eine besondere Kommission von französischen Beobachtern nach Moskau geschickt, um die russischen Einheiten im westlichen Grenzgebiet nach Russland entlassen und außerdem zwei französische Regimenter auf sowjetischen Übungsplätzen zum Studium der russischen Gefechtsweise unterbringen wird, das zeigt von so weitgehenden militärischen Bindungen, daß die Petersburger Lage von 1914 geradezu symbolhaft in Erinnerung gerufen werden. Was zwischen Frankreich und Sowjetrußland vertragsmäßig abgelegt und in vertraulichen Besprechungen festgelegt worden ist, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Kriegspakt, der alle bisherigen Bemühungen der übrigen Staaten zur Organisierung des Friedens hinfallig macht. Wenn man schließlich noch an die vorläufige französisch-italienische Wafigengarantie für Oesterreich, an das Luftabkommen zwischen Rom und Paris und schließlich an die neue Allianz zwischen Sowjetrußland und Tschedoslowakei denkt, kann man die rein theoretischen Erwägungen, die man meistens wieder im englischen Unterhaus erhob, wie eine Gegenüberstellung angesichts von Tatsachen, denen gegenüber man sich ohnmächtig fühlt. Frankreich und Rußland haben den Weltkrieg 1914 heraufbeschworen — soll das nun ein französisch-sowjetisches Militärbündnis der Luftzeit einem neuen Weltkrieg sein?

Kriegswelt über Abessinien

Nach einer italienischen Meldung soll die abessinische Armee so gut wie vollständig mobilisiert sein. Von der italienischen Teilmobilisation weiß man, daß sie bereits die 200 000 Mann auf afrikanischem Boden erfährt hat, daß die Waffen- und Munitionstransporte ohne Unterbrechung weiterlaufen. Angesichts solcher Vorbereitungen ist es außerordentlich schwer zu glauben, daß die abessinischen Spannungen sich ohne ernsthafte Zwischenfälle werden beseitigen lassen. London und Paris beobachten diese Entwicklung mit einiger Besorgnis, da sie nicht die Einflußlosigkeit des Völkerbundes zur Sicherung des Friedens erneut unter Beweis stellt, sondern weil sie den Rahmen sprengt, innerhalb dessen bisher die westlichen Großmächte die europäischen Dinge zu regeln für befähigt hielten. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß die Abkehr eines losgerangenen Schiffes sich niemals vorzuziehen läßt. Denn Zündstoff innerhalb der verschiedenen orientalen und kolonialen Territorien ist so reichlich vorhanden, daß der abessinische Funke Fernexplosionen auszulösen vermag, die von unberechenbaren Folgen sein können. Die Rede hat sich in einer Lehr-temperamentvollen, eindeutigen Rede die Einmischung in den Streit mit Abessinien kategorisch verboten. In Paris und London ist darüber einigermaßen verständnisvoll, und die englische Seite hat keinen Zweifel daran, daß solche Reden nicht geeignet sind, die Wüter von der Friedensliebe der westlichen Staaten zu überzeugen.

Deutschland kämpft für den Frieden

Angesichts dieser außenpolitischen Gesamtlage erhebt sich mit Recht die Frage, ob unter solchen Methoden der Welt wirklich als gesichert gelten kann. Man gewinnt fast den Eindruck, daß die Staaten, die seit Jahr und Tag unter ihrer Verpflichtung zur Abrüstung die militärischen Bindungen mit allen Mitteln ausbauen, eine Gelegenheit suchen, um die Schlagkraft ihrer Kriegsarmeen auszuweiten. Die alljährlichen Großmanöver, die in allen Ländern zur Verwendung der modernsten Kampfmittel durchgeführt wurden, sind offenbar nicht wirklichkeitsnah genug, um die unmittelbare Waffenwirkung sehen. Deshalb werden man hemmende Vertragsbestimmungen beiseite und künstlich Anlässe, um die Waffen sprechen zu lassen. In Deutschland ist der Wille zum Frieden, zur Vereinfachung des Friedens lebendig. Der Stellvertreter des Führers,

Rudolf Heß, hat in diesen Tagen in der schwedischen Hauptstadt erklärt, daß Deutschland den Frieden liebt, weil es den Krieg kennengelernt hat, und daß der Friede um so besser gesichert ist, je weniger abenteuerlustige Nachbarn das Gefühl haben können, daß der Einmarsch in deutsches Land ein militärischer Spaziergang sei. Der englische Außenminister hat vor kurzem in öffentlicher Rede Deutschland um Vorschläge für die Sicherung des Friedens ersucht. Der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler wird der Welt am kommenden Dienstag das Glaubens- und Willensbekenntnis des neuen Deutschland zum Friedensproblem auseinandersetzen. Es wird ihm nicht schwerfallen, an Hand seiner verschiedenen Erklärungen zum Frieden und der tatbereiten Opfer des deutschen Volkes für die Sicherung des Friedens den Nachweis zu erbringen, daß nur dann der Friede in der Welt als gesichert gelten kann, wenn alle Mächte diesen Frieden ehrlich wollen. Ob der französisch-sowjetische Militärpakt mit allen vertraulichen Klauseln und allen Nebenpakt, ob die Truppentransporte nach Nordafrika und ähnliche Erscheinungen vom gleichen Geiste des Friedens erfüllt sind? Die Menschheit hofft, daß die Beschlüsse nicht einst ein ähnliches Urteil darüber fällt wie über jene Bündnisvereinbarungen, die den Weltkrieg auslösten.

Das Ergebnis von Moskau

Ein fragwürdiges Zugeständnis Stalins

Moskau, 17. Mai.

Der amtliche Bericht über die Moskauer Verhandlungen mit Laval besagt folgendes: Während der Unterredungen, die am 13., 14. und 15. Mai in Moskau stattfanden, hatten Stalin, Molotow und Litwinow sowie Laval ihrer Genugtuung über den am 2. Mai 1935 in Paris unterzeichneten Vertrag Ausdruck gegeben, der die Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe zwischen der Sowjetunion und Frankreich festlegt und die nötige Erläuterung gegeben hat. Die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs hätten die Möglichkeit gehabt, das freundschaftliche Vertrauen festzustellen, das zwischen ihren Ländern durch den Vertrag geschaffen worden sei, der keinen wühlenden Einfluß auf die Behandlung aller Fragen ausübt, und zwar sowohl der der sowjetisch-französischen Beziehungen als auch der Fragen der allgemein-europäischen Ordnung, die im Rahmen der Zusammenarbeit der beiden Regierungen entstanden seien.

Beide Seiten seien mit der vollen Offenheit an die Erörterung dieser Frage herangegangen. Sie konnten feststellen, daß ihre ständigen, in allen diplomatischen Unternehmungen gutgeleiteten Bemühungen um die Sicherung des Friedens in einer Reihe von Staaten, die der Sache des Friedens zugetan seien, Unterstützung gefunden hätten. Dies werde durch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Schaffung gegenseitiger Garantien bezeugt.

Gerade im Interesse der Friedenswahrung seien diese Staaten verpflichtet, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzumindern. Stalin habe sein volles Verständnis für die Bestrebungen jedes Landes ausgesprochen, einen Rüstungsstand zu erreichen, der den Notwendigkeiten seiner Sicherheit entspricht.

Die Vertreter der beiden Staaten hätten andererseits ihren Entschluß bekräftigt, bei der Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit nichts zu vernachlässigen, um mit der Hilfe aller solidarischen Regierungen eine Politik des Friedens und der Besserung der politischen Beziehungen zu fördern, die allein unter den Völkern das für die Entfaltung der materiellen und moralischen Belange der europäischen Kollektivität unerläßliche Vertrauen wiederherzustellen vermag.

Es wurde besonders anerkannt, daß der Abschluß des gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Sowjetrußland und Frankreich in keiner Weise die Bedeutung schmälert, die die unausschießbare Verwirklichung eines Regionalpakt in Osteuropa bietet, der die ursprünglich hierfür vorgesehenen Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den Nichtangriff, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreifers abzielen. Beide Regierungen werden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zweck für die Ausgestaltung des gegenseitigen diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen.

Indem die oben angeführten gemeinsamen Entschlüsse der Öffentlichkeit übergeben werden, erklären die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs mit allem Verantwortungsgefühl, daß sie damit die sie verbindende Hingabe an das schöpferische Werk des Friedens demonstrieren, das die Teilnahme jedes Staates ausschließt und das seine volle Verwirklichung lediglich bei ehrlicher Mitarbeit aller interessierten Länder finden kann.

Frankreichs Gewinn

Die amtliche Mitteilung über den Inhalt der Besprechungen enthält zweifellos nur einen Teil der hierbei berührten Fragen. Ueber die Unterredung Lavals mit Stalin ist beispielsweise in dieser Verlaufbarung nur wenig enthalten. In den Moskauer diplomatischen Kreisen hebt man hervor, daß Laval, wie es sich in seiner Tische

dem 13. Mai zeigte, einer allzu einseitigen Einstellung in Fragen der Sicherheitspolitik nicht zugestimmt habe.

Der Kernpunkt des Abhufkommunikations sei die Billigung von Frankreichs Politik der nationalen Verteidigung. Dies habe im Hinblick auf die antimilitaristische Propaganda in Frankreich hervorragende Bedeutung und stelle den größten diplomatischen Gewinn dar, den Laval heimbringen könne. Auch vom Moskauer Standpunkt aus ist dieser Frage von weittragender grundsätzlicher Bedeutung.

Laval habe bei den Besprechungen über die Sicherheitspolitik Wert darauf gelegt, auf gewisse polnische Wünsche und Vorbehalte Rücksicht zu nehmen, und darüber hinaus den Weg zur Verständigung im weiteren Rahmen offen zu halten. Er scheint im Hinblick auf Polen damit einverstanden zu sein, daß die Tschedoslowakei als ein an Fragen Nordosteuropas nicht unmittelbar beteiligter Staat an einem Nichtangriffspakt unterteilt bleibe. Bei einem Pressenotizium erklärte Laval jedoch auf eine in diesem Zusammenhang gestellte Frage, daß er darüber mit dem polnischen Außenminister Beck nicht gesprochen habe, da es sich gegenwärtig um das Zustandekommen des Paktes als solchen handele und es verträglich sei, schon jetzt die Teilnehmerfrage aufzuwerfen.

Austausch von Militär

Wie von sowjetischer offizieller Seite mitgeteilt wird, ist der Gegenbesuch des Luftentommissars Litwinow in Paris nunmehr beschlossen worden. Litwinow werde Ende Mai in Paris erwartet. Er wolle mehrere Tage in der französischen Hauptstadt bleiben, um die politischen Verhandlungen, auch die über den Ostpakt, fortzusetzen. Andere Informationen zufolge, wird gleichzeitig eine bedeutende Persönlichkeit der Roten Armee und Marine nach Paris reisen, um mit den französischen militärischen Kreisen, besonders mit dem französischen Generalstab, Verbindung aufzunehmen.

In diesem Zusammenhange ist es interessant, daß Perinaux im Generalsstabslit „Echo de Paris“ aus Moskau zu berichten weiß, daß im kommenden Sommer zwei französische Regimenter nach Rußland transportiert werden und dort in den Übungslagern der Roten Armee untergebracht werden sollen.

Diese bisher in Friedenszeiten einzigartige Maßnahme soll dazu dienen, um die französische Armee mit den Eigenarten der Ausbildung und des Geistes in der Sowjetarmee vertraut zu machen.

Die Sowjets zeigen ihre Luftmacht

Zu Ehren des französischen Außenministers Laval war in dem Besuchsprogramm auch eine Anzahl Flugveranstaltungen vorgesehen. Die Veranstaltungen auf dem Militärflugplatz Morosino sollten dem französischen Außenminister die Schlagkraft der sowjetischen Luftstreitmacht verdeutlichen. Ueber den Flugplatz zogen zunächst einige Schwärme der Aufklärungsflugzeuge, gefolgt von Bombenflugzeugen, denen sich als Nachhut wiederum Aufklärungsflugzeuge anschlossen. Die letzten Flugzeuge, die vor den Augen Lavals vorbeibrauschten, waren als Begrüßung des Gastes einige Dutzend kleine Fallschirme mit Fähnchen in den Farben Frankreichs und Sowjetrußlands ab. Gleichzeitig sprangen zwei bekannte Fallschirmspringer von der Militärakademie für Flugwesen unmittelbar vor dem Flugplatz ab. Einer der Piloten überreichte nach seiner Landung der Tochter des französischen Außenministers einen Rosenstrauß, den er bei dem Fallschirmsprung mit sich geführt hatte. Das Schauspiel wurde mit Figurenflügen beendet. Ein Flugzeugschwader flog dabei die Buchstaben „M“ und „F“, die Anfangsbuchstaben von Republique Francaise, während die anderen Flugzeuge weitere Kunstflüge vorführten. Schnellflugzeuge und ein Maschinenpilot von 24 Fallschirmplätzen aus einem Bombenflugzeug schloßen die Veranstaltung ab.

Die Aufnahme der Stalin-Erklärung

„Die französisch-sowjetische Freundschaft ist befestigt worden“, erklärte Laval im Rundfunk kurz vor seiner Abreise aus Moskau. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung bucht die französische Presse in ihrer großen Mehrheit die als weitestliche Ergebnis herorgehobene Stelle der Schlussverlautbarung, in der erklärt wird, daß Stalin die Politik der Landesverteidigung Frankreichs billige. Das sei, meint die Vertreterin des „Deure“, eine außergewöhnliche Erklärung. Sie habe selbst die sowjetischen Kreise überrascht. Diese Erklärung könne auf die allgemeine Entwicklung des Kommunismus einen bedeutenden Einfluß haben. Stalin veröffentliche große, in der Schrift andererorts Berlin am „Echo de Paris“, um die Doktrin der französischen Kommunisten zu verächtlichen. Das sei wichtig aus zwei Gründen. Einmal lehne Moskau offiziell seine westeuropäischen Nachbarn ab, so daß die französische Regierung, wenn sie den Mut dazu aufbringe, nur noch die Verfechter pazifistischer Gedanken zu droffen brauche, zum andern trete Stalin durch diese schriftlich festgelegte Erklärung aus dem geheimnisvollen Dunkel, mit dem er sich bisher umgeben habe, heraus.

Der Wert dieser Zusage wird allerdings von einer Reihe französischer Blätter in Zweifel gezogen. Das „Jour-

nal" erinnert daran, daß bereits 1932 die Sowjets mit Frankreich einen Pakt abgeschlossen hatten, in dem die Einstellung der revolutionären Propaganda versprochen worden war, ohne daß diese Versicherung eingehalten wurde. Der „Matin“ erklärt, wenn die kommunistische Propaganda im Meer nicht sofort aufhöre, dann würden die Sowjets erneut ihre Doppelzüngigkeit bewiesen haben.

Die kommunistische „Humanität“ erweist bereits eine vielgelagerte Antwort: „Gewisse Kreise werden nicht verstehen, diese Stelle der amflichen Verlautbarung gegen uns anzulegen. Sie mögen sich aber eines Besseren belehren lassen. Stalin hat lebendig gesagt, daß er die gegenüber den nationalsozialistischen Kräften getroffene Verteidigungsmaßnahme billigt.“ Andere Blätter fündigen deshalb an, daß die französischen Kommunisten nach wie vor ihre Propaganda fortsetzen und sogar verstärken würden!

Pakt Mostau-Prag unterzeichnet

Am Donnerstag wurde im Außenministerium in Prag der Hilfsleistungspakt unterzeichnet. Für die Tschechoslowakei unterzeichnete der Minister des Äußeren, Dr. Beneš, für die Sowjetunion der sowjetrussische Botschafter Alexandrowitsch den Vertrag.

Der neue Vertrag verfolgt die gleichen Ziele wie der französisch-sowjetrussische Pakt, ähnelt ihm auch im Inhalt. Auch dieser Vertrag sieht eine gegenseitige Unterstützungsverpflichtung vor. Man betont, daß der französisch-russische Pakt als Vorbild für den tschechoslowakischen Vertrag mit Rußland gedient habe und daher das Zustandekommen des letzteren wesentlich erleichtert habe.

Anlage gegen die Sowjets

Das Martyrium der Ingrier.

Genf, 16. Mai.

Das „Journal de Genève“ weist im Zusammenhang mit der Entschließung des Völkerbundesrates, für Abklärung der Verträge“ darauf hin, daß diese Maßnahme eine eigenartige Beleuchtung bekomme durch eine neue Vertragsverletzung, die sich die Sowjetregierung gegenüber der finnischen Bevölkerung Sowjetrußlands habe zuschulden kommen lassen. Nachdem Mostau das Martyrium der Ingrier, eines anderen finnischen Völkerkämpfers, die größte Beachtung. In den Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Finnland im Jahre 1918 mußte dieses sich damit begnügen, für die 150 000 Ingrier eine Garantie ihrer Autonomie im Rahmen Sowjetrußlands zu vereinbaren. Der Sowjetvertreter hatte bei dieser Gelegenheit beruhigende Versicherungen abgegeben. Bald genug habe es sich aber gezeigt, daß von einer wirklichen Gewährung dieser Autonomie keine Rede sei.

Die von Mostau abhängigen Behörden hätten die Bevölkerung unterdrückt. 8000 Unglückliche seien nach Sibirien verschleppt worden. Aber dabei sei es nicht geblieben. Seit zwei Wochen nähmen die Verbannungen in erschreckendem Maße zu. In Koltso seien 300 Familienväter verhaftet worden. Die ins Exil gebrachten Familien beließen sich auf viele Tausende. Es sei offensichtlich, daß Mostau das Ziel habe, auch diese Bevölkerung auszurotten.

Gegen dieses Vorgehen, „das sich mit den schlimmsten Missetaten der Geschichte vergleichen lasse“, legt das „Journal de Genève“ entrüstet Protest ein. Es handele sich hier um die Ausmerzungen eines ganzen Volkes, und dabei habe sich die Sowjetregierung doch verpflichtet, den Völkerbundsvertrag zu achten. Sei der Pakt etwa ein internationaler Vertrag? Wenn Sowjetrußland ihn verletze, habe es sich den Sanktionen ausgesetzt, die nunmehr nicht mehr nur die Ingrier, sondern auch diejenigen treffen, die Verträge verletzen, wie dies besonders von Herrn Litwinow anlässlich der Ausräumung des Völkerbundes betont worden sei.

Wütende tschechische Ausschreitungen

Demonstrationen vor dem Deutschen Haus in Prag.

Prag, 17. Mai.

Die tschechische oppositionelle „Nationale Vereinigung“ hielt eine Wahlversammlung im größten Saal Prags, dem Luzerner Saal, ab. Zum ersten Male seit dreijähriger Krankheit sprach wieder der alte Tschechenführer Dr. Kramarisch. Während und nach der Versammlung wurden auf dem Wenzelsplatz stürmische Kundgebungen abgehalten, die auch vor dem Prager Deutschen Haus fortgesetzt wurden. Die Polizei nahm eine Anzahl von Verhaftungen vor.

Die Tippgräfin

ROMAN
von Klothilde v. Stegmann.

Urheberrechtsschutz: Fünf Türme-Verlag, Halle (Saale).

„Gott segne dich für diesen Entschluß, Annina!“

„Darf ich dich noch etwas fragen, Giobanni? Als deine Stellvertreterin bei der kleinen Mariella muß ich natürlich auch über alle äußeren Fragen unterrichtet sein.“

„Frage nur, Annina!“

Bis zu diesem Punkte hatte Annina von Gellern die Vergangenheit Wort für Wort, Bild für Bild in sich aufbewahrt lassen. Nun aber kam die Erinnerung, jener Punkt, über den sie sich keine Neugier mehr geben wollte. Die Antwort auf ihre Frage, auf jene eine entscheidende Frage, hatte sie ganz tief in sich verankert.

Zu Anfang hatte freilich ihr Gewissen gemahnt und geklopft. Es wollte nicht Ruhe geben. Immer wieder klang Giobannis Antwort mahndend in ihr auf. Aber sie hatte ihr Gewissen, diesen unangenehmen Warner, überwunden. Sonst sähe sie nicht hier. Man durfte nicht sentimental sein. Man durfte sich nicht von trübsigen Strupeln das Leben zerstören lassen. Der Entschluß, der vor Jahren bitternhaftig bei Giobannis Worten in ihr aufleuchtete, er hatte sich zu eisernem Willen verdichtet. Es kam nur darauf an, daß der ganze Plan, den sie im geheimen gefaßt und durchgeführt hatte, bis ins letzte hinein gesichert war. Und darum war sie jetzt bei Heßling.

Viertes Kapitel.

Nenne keine Mariella!

„Nun, gnädige Frau, so tief in Gedanken? Verzeihen Sie, daß ich Sie so lange warten ließ. Hat es lange gedauert?“

Etwa 200 Personen zogen vor das Deutsche Haus und verurteilten, mit den Rufen „Raus mit den Deutschen aus Prag! Raus mit den Juden aus Prag!“ in das Deutsche Haus einzudringen. Sie kamen durch den Haupteingang bis in den großen Vorraum. Erst dort konnten sie von den Bediensteten und Gästen, die sich zur Wehr setzten, aufgehalten und aus dem Haus gedrängt werden. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde eine Fenster-scheibe zertrümmert. Zahlreich Flugblätter der Nationalen Vereinigung wurden an die Mauer des Deutschen Hauses geklebt. Schließlich schritt Polizei ein, die in einem Überfallswagen anrückte, und löste die Menge ab.

Abschied vom toten Marshall

Hunderttausende am Sarge Pilsudkis.

Warschau, 17. Mai.

Die St.-Johannes-Kathedrale ist das Ziel von Hunderttausenden aus Warschau und vieler Abordnungen aus allen Teilen des Landes, die von dem verstorbenen Führer des polnischen Staates Abschied nehmen wollen. In der Mitte der Kathedrale steht auf hohem Katafalck der Sarg. Er ist aus dem Holz von Eichen gefügt, die auf der geliebten Wilnaer Heimaterde des Entschlafenen wuchsen. Dort wird ja auch sein Herz seine letzte Ruhestätte finden, das bis zu seiner Leberführung in einer Urne aus Kristall im Schloß aufbewahrt wird. Der Sarg des polnischen Nationalhelden ist außen mit getriebenen Silberplatten belegt. Eine Kristallscheibe im Sargdeckel läßt das Gesicht des Toten sichtbar werden. Gleich unter der Scheibe sieht man auch ein schlichtes Kreuz, etwas tiefer ein metallenes Brustschild der Offiziere der ersten Legion und das kleine Bild der Mutter Gottes der Ditra Wrama in Wilna. Dieses Bildchen hat der Marshall seit seiner frühesten Jugend, während seiner Schulzeit, in den Jahren der Verbannung in Sibirien, bei seinen Kämpfen als Führer der Legion während des Weltkrieges und bis zu Todesstunde bei sich getragen. Der übrige Teil des Sarges ist mit einem großen Fahnenstück bedeckt, das das Hoheitszeichen der Republik Polen, den weißen Adler, zeigt. Obenauf liegen der Säbel des Marshalls und seine Feldmütze. Von der Decke der Kathedrale hängen riesige rot-weiße Fahnenstücke herab, die über dem Sarg einen Baldachin bilden.

Tausende und aber Tausende stehen in langer, endloser Kette am Sarg vorbei. Sie grüßen zum letzten Male Polens größten Helden. Geduldig warten weitere Tausende stundenlang vor dem Hauptportal, bis auch sie eingelassen werden. Stumm gehen sie — Schüler, Soldaten, Bauern, Arbeiter, Männer und Frauen in schlichten dunklen Röcken — durch den geweihten Raum. Weit über 100 000 Menschen sind bereits am Sarge Pilsudkis gewesen. Die Warschauer Stadtverwaltung hat die Bevölkerung aufgefordert, am Tage der Trauerfeier und der Beisetzung die Häuser nur mit schwarzen Trauerfahnen zu besetzen. Der Zentralverband der polnischen Industrie forderte seine Mitglieder auf, eine Million Joty als Grundfond zum Bau eines Pilsudki-Denkmal in der Hauptstadt zu stiften.

Der Verlauf der Beisetzung

Das Programm für die Begräbnisfeierlichkeiten für Marshall Pilsudki in Krakau ist nunmehr veröffentlicht worden. Der Sarg trifft am Samstag gegen 7 Uhr früh auf dem Krakauer Bahnhof ein. Um 8 Uhr werden sich neben den Familienmitgliedern der polnische Staatspräsident, die Regierung, die Vertreter der ausländischen Staatsoberhäupter, das diplomatische Korps, die Marshälle vom Sejm und Senat und die Generale auf dem Bahnsitz versammeln. Vom Bahnhof bis zum Schloß auf dem Wawel werden Truppen für den Leichenzug Spalier bilden. Vom Fußwege des Wawelberges ab wird der Sarg von Generalen auf den Schultern in die Kathedrale getragen werden, in der dann ein Trauergottesdienst stattfindet, an dem die höchsten Trauergäste teilnehmen werden. Die übrigen Teilnehmer des Begräbnisses werden nach Schluß des Gottesdienstes am Sarge des Marshalls vorbeiziehen. Um 18 Uhr wird die Kathedrale geschlossen. Um 19 Uhr erfolgt dann die Beisetzung des Sarges in der Gruft der Kathedrale. Wieder werden die höchsten in- und ausländischen Würdenträger bzw. ihre Vertreter teilnehmen. Beim Hinabtragen des Sarges in die Gruft werden 101 Salutgeschüsse abgegeben werden. Gleichzeitig läuten die Kirchenglocken in ganz Polen. Auch die größte Glocke Polens, die Siegmund-Glocke des Wawel, die aus dem ersten Jahre des 16. Jahrhunderts stammt und nur bei besonderen feierlichen Feiertagen erklingt, wird in das Trauergeläut einstimmen.

Bewirrt strich sich Annina über die Stirn. Sie hatte ganz vergessen, daß sie nicht in der Vergangenheit mit Giobanni war, sondern in der Gegenwart und hier im Zimmer Doktor Heßlings.

„So, gnädige Frau, ich sehe nun ganz zu Ihrer Verfügung.“

Heßling sah die tiefe Erregung in Anninas Zügen. Die Erinnerung an die Vergangenheit schien sie sehr zu bewegen.

„Frau Annina“, fragte er mit echter Teilnahme, „wollen Sie lieber nicht weiter sprechen?“

Annina sah sie mühsam. Sie mußte jetzt weiter reden. Und so sagte sie dann stöhnend:

„Nein, nein, Doktor Heßling, wenn mich auch die Erinnerungen sehr bewegen, um Mariella wollen muß ich in einer bestimmten Sache Ihren Rat haben. Also hören Sie weiter. Giobanni ging mit mir, ohne Mariella noch einmal gesehen zu haben. Er fürchtete, dem Kinde den Abschied zu schwer zu machen. Aber Mariella gewöhnte sich schnell an mein Heim und an mich. Ich tat alles, was Giobanni erbot. Ich ließ sie alles lernen, was sie wollte. Nur bedrückte mich der Gedanke, daß Mariella als erzwungenes Mädchen nichts mehr ihr eigen nannte. Das Kapital reichte knapp, um ihr eine gute Erziehung angeden zu lassen. Ich selbst mußte sehr viel beisehen, obwohl ich eigentlich dazu nicht in der Lage war. Da erhielt ich eines Tages einen merkwürdigen Brief. Er war aus Neapel adressiert. Der Schreiber gab sich nicht zu erkennen. Die Unterschrift war unleserlich. In diesem Brief stand folgendes:

Es lebt ein Mensch, der mehr von dem Prinzen Bonaglia weiß als Sie, und der das Familienerbe der Bonaglia in Händen hat. Das Erbe ist sehr wertvoll und würde der Prinzessin Mariella ein sorgloses Leben ermöglichen. Lassen Sie durch einen geschickten Detektiv nachforschen. Pietro Massagni in der Hafengasse von Neapel wird Näheres darüber wissen. Aber machen Sie

Marshall Bétain in Berlin

Berlin, 17. Mai.

Der französische Marshall Bétain wurde auf der Fahrt zur Beisetzung des Marshalls Pilsudki bei seiner Durchfahrt in Berlin im Auftrag des Führers und Reichsministers und des Reichswehrministers, vom Chef des Reichsmachsamtes, Generalmajor von Reichenau, begrüßt. General von Reichenau zeigte Marshall Bétain auf einer kurzen Rundfahrt im Kreismagen die Hauptfestungsbauwerke der Berliner Innenstadt. Marshall Bétain verweilte bei dieser Gelegenheit kurze Zeit im Ehrenmal.

Madenjens Besuch in Budapest

Ehrung der Helden des Weltkrieges.

Budapest, 17. Mai.

Generalfeldmarschall von Madenjen hat Donnerstagsvormittag auf dem deutschen Heldenfriedhof vor den Gräbern der dort ruhenden Helden des Weltkrieges einen Kranz niedergelegt. Die kurze eindrucksvolle Feier nahm einen sehr würdigen Verlauf. An der Totenfeier des Heldenfriedhofes, die die Namen der auf ungarischem Boden ruhenden gefallenen deutschen Helden aufzählt, legte der Generalfeldmarschall einen schönen Kranz nieder.

Madenjen richtete siefbewegte Worte an die Bekannnten, in denen er darauf hinwies, daß im großen Weltkrieg deutsche und ungarische Soldaten Schulter an Schulter für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes gekämpft hätten. Er gedachte hierbei auch der ruhmreichen ungarischen Armee, die dem deutschen Bundesgenossen bis zur letzten Stunde die Treue gewahrt und im Kampf für ihr Heimat die schwersten Opfer gebracht habe. Es sei für eine besondere Ehre gewesen, im Weltkriege das Kommando über die ungarischen Truppen zu führen.

Der Generalfeldmarschall besichtigte sodann eingehend die zahlreichen deutschen Heldengräber auf dem bekannten Friedhof und begab sich anschließend zu dem ungarischen Heldenfriedhof, vor dem eine Ehrenkompanie mit Fahnen und Musik, Frontkämpferabteilungen, eine Offiziersabordnung unter Führung eines Generals und die Ortsgruppe der NSDAP, mit HJ-Auffstellung genommen hatten. Der Oberbefehlshaber der ungarischen Armee, General Schönbegrüßte den Generalfeldmarschall, der unter den Klängen der deutschen und der ungarischen Nationalhymne die Ehrenkompanie abschritt und nach einer kurzen Besichtigung der Gräber eine besondere Ehrung erhielt. Bei der Absahrt wurde der Generalfeldmarschall von der vielen leuchtendfarbigen Menge, die sich rings um den großen Friedhof versammelt hatte, stürmisch gefeiert.

Um die Mittagszeit startete der Generalfeldmarschall dem Reichsverweyer von Spörck seinen ersten Besuch auf dem Hörnerkamp leistete die Palastwache des Reichsverweyers in den alten traditionellen ungarischen Uniformen dem deutschen Feldherrn die Ehrenbezeugung. Anschließend fand beim Reichsverweyer zu Ehren des Generalfeldmarschalls ein Frühstück in kleinem Kreise statt.

Polnischer Besuch bei der Reichsmarine

In Begleitung des deutschen Militärattaches in Warschau, Generalleutnant Schindler, und unter Führung der Direktors der polnischen Kriegsakademie, Generalmajor Rutzbach, besichtigten polnische Offiziere als Gäste des Reichswehrministers verschiedene Anlagen in Kiel und besichtigten dem Stationschef, dem Flottenchef und dem Befehlshaber der Einheitschiffe auf Panzerschiff „Deutschland“ ihren Besuch ab.

Ausländischer Bildhauerbesuch ausgewiesen

Der Geschäftsführer der New York Times-Bildhauer G.m.b.H., Julius Bolgar, ist unter Gewährung einer Frist von 5 Tagen aus dem Reichsgebiet ausgewiesen worden. Bolgar, der ungarischer Staatsangehöriger und jüdischer Abstammung ist, hat zu wiederholten Malen seiner gegnerischen und feindseligen Einstellung gegenüber dem neuen Staat und seinen führenden Männern Ausdruck gegeben, die ein Verbleiben Bolgars in Deutschland völlig unmöglich machen.

es unauffällig. Die Polizei darf nichts damit zu tun haben. Es würde sonst einen ungeheuren Skandal geben. Die betreffende Person stand einstmals in näheren Beziehungen zu dem Prinzen Bonaglia. Es würde ihm sehr peinlich sein, würde sein Name durch die Zeitungen geschleift. Es wäre dann nicht nur allein sein guter Ruf vernichtet, sondern man würde auch von Mariella sprechen. Man sagt, daß sie in Wahrheit gar nicht das Kind des Prinzen und seiner deutschen Frau wäre, sondern das Kind einer anderen Frau, die der Prinz heimlich liebte. Sehen Sie zu, das Familienerbe in die Hände zu bekommen. Ein treuer Freund und Diener des Hauses Bonaglia.“

Gespant hatte Heßling zugehört.

„Haben Sie diesen Brief noch in Händen, Frau Annina?“

„Ja! Er liegt bei mir zu Hause. Ich wollte ihn schon mitbringen. Aber das ist nicht nötig. Wort für Wort ist in mein Gedächtnis gerabezu eingemurmert. Mir ist es heute noch, nach Jahren, so, als wäre dieser Brief eben erst gekommen.“

„Und was haben Sie auf diesen Brief hin getan?“

„Ich habe mich an die Deutsche Gesandtschaft gewandt und gebeten, mir einen besonders guten Detektiv in Rom zu nennen. Diesen Mann habe ich mit der Nachforschung betraut.“

„Und was ist herausgekommen?“

Annina schüttelte traurig mit dem Kopfe. „Nichts“, Doktor Heßling. Dieser Massagni in der Hafengasse war überhaupt nicht vorhanden. Das Haus, das man mir bezeichnet hatte, war niedergefallen. Die Nachbarn wußten überhaupt nichts von der Existenz dieses Mannes. Ich mußte schließlich annehmen, daß dieser Brief mit der Verdächtigung Giobannis ein Raubart von irgendeinem schlechten Individuum sein mußte. Was denken Sie davon?“

(Fortsetzung folgt)

Reichstag einberufen

Eine Erklärung der Reichsregierung

Berlin, 16. Mai.

Der Reichstag ist auf Dienstag, den 21. Mai, 20 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Nach einer Mitteilung von zukünftiger Stelle wird der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler selbst in der Reichsversammlung die Erklärung abgeben. Durch Übertragung im Rundfunk soll jeder Volksgenosse die Möglichkeit haben, die Rede zu hören. Aus diesem Grunde ist die Sitzung des Reichstages auf die späte Abendstunde angesetzt.

Zum ersten Male wieder ist im Deutschen Reichstag das deutsche Saarland vertreten, und zwar durch die Abgeordneten, die als Abgeordnete des Saarvolks bestimmt worden sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder des gegenwärtigen Reichstages, einschließlich der acht Saarabgeordneten, beträgt 669.

Gemeinschaftsempfang der Führerrede

Anlässlich der am Dienstag, den 21. Mai 1935, 20 Uhr stattfindenden Reichstagsitzung, in der der Reichstag eine Regierungserklärung entgegennimmt, wird, infolge der Anwesenheit Adolf Hitlers, der Reichspropagandaleitung Gemeinschaftsempfang verfügt worden.

Alle Gliederungen der Funkwart-Organisation haben die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, so daß die Volksgenossen, denen keine Möglichkeit zu einem Hausempfang gegeben ist, auf den Straßen und Plätzen durch Sprechsprecher die Rundfunkübertragung abhören können.

Abrüstung und Sicherheit

Die Ansicht von Lordseegehwahner Eden über die deutsche Rüstungsfrage

London, 17. Mai.

Lordseegehwahner Eden hielt im Londoner Stadtpark gestern seine erste öffentliche Rede seit seiner Genesung. Eden gab zunächst einen kurzen Überblick über die mit den englisch-französischen Protokoll vom 3. Februar erlassene Politik und fuhr dann fort, er wolle in ein paar Sätzen in die Erinnerung zurückrufen, warum das Ergebnis des Berliner Besuchs nicht alle Hoffnungen erfüllt habe. Das Londoner Protokoll habe in der Hauptsache zwei Dinge behandelt: Sicherheit und Abrüstung. In einer dieser beiden Fragen habe man in Berlin wesentliche Fortschritte erzielen können.

An der Sicherheitsfrage habe Deutschland in bezug auf den mehrseitigen osteuropäischen Nichtangriffspakt ein Angebot gemacht. Es sei wichtig, daß alles getan werde, um den besten Gebrauch von diesem Angebot zu machen.

England gründe seine Auffassung von der europäischen Sicherheit auf den Völkervertrag; leider sei es nicht in der Lage, zur Zeit Deutschlands Bereitwilligkeit zu verzeichnen, die Mitgliedschaft wieder aufzunehmen.

Eden untersuchte sodann die Frage, aus welchem Grund hinsichtlich der Rüstungsfrage kein Erfolg zu verzeichnen wäre und nannte

die deutsche Forderung nach 550 000 Mann

die Ursache. Im Macdonald-Plan, den seinerzeit auch Deutschland bekräftigt habe, seien für Deutschland, Frankreich und England ein Bestand von je 200 000 Mann und nur für Schweden 500 000 Mann vorgeschlagen worden. Dieser Macdonald-Entwurf sei dann auch von den anderen Staaten als Grundlage eines Abkommens angenommen worden. Vor einem Jahr habe Deutschland die Erhöhung der Zahl von 200 000 auf 300 000 Mann vorgeschlagen und heute verlange es 550 000 Mann. Es sei klar, daß bei einer so hohen Ziffer die Parität zwischen den drei westlichen Weltmächten auf einer gleichen Ausbildungsgrundlage unerreicht sei.

Nachdem Eden betont hatte, er wisse die Ansicht der britischen Regierung zu schätzen, daß diese Ziffer angesichts der deutschen Besorgnisse in Osteuropa gerechtfertigt sei, wandte er sich der Frage in Osteuropa zu und suchte

die deutschen Besorgnisse zu entkräften.

Eden schilderte seine Eindrücke in Rußland und erklärte, man dürfe sich nicht über die Aufgaben in der Ostfrage im Krieg kein Interesse haben können. Außerdem sei er der Ansicht, daß die Entfernung von Deutschlands und Rußlands Grenzen infolge der Schaffung des polnischen Staates schon geographisch einen russischen Angriff auf Deutschland schwierig mache.

Eden wandte sich weiter gegen die Meinung, daß die heutige Lage der Welt die Vorkriegszeit ähnelte und betonte, daß die Völkerverträge und die Locarnoverträge wichtige stabilisierende Elemente darstellten, die es vor dem Krieg gegeben habe.

Eden widmete er sich der Politik und betonte, Großmächten könne Frieden und Sicherheit nicht in der Weise erhalten werden. Auch ein System von Bündnissen könne keine dauerhafte Lösung der Schwierigkeit. Als einzige Lösung verbleibe lediglich ein kollektives Friedenssystem. Dieses einzig praktische Lösung eines solchen heute bestehenden Systems sei der Völkervertrag. Er glaube, daß eines Tages alle Nationen sich ebenfalls für diese Lösung erörtern würden. Aber dieser Zustand sei noch nicht erreicht.

Kollektive Sicherheit bedeute nicht ein ausgewähltes Bündnis gegen irgendeine einzelne Nation; es bedeute, daß jede Nation ihre Mittel zur Verfügung stelle, um allen Nationen Sicherheit zu geben.

In Westeuropa werde beispielsweise kein kollektives Sicherheitsystem zur Verhinderung eines Krieges ausgebaut, ohne die Mitwirkung Englands und englischer Streitkräfte.

Eden schloß ab, die Versicherung ab, die englische Politik sei

gegen keine Nation gerichtet,

sondern nur gegen solche Nation oder Nationen, die gegen die Grundzüge der Völkerverträge verstießen, die England angenommen habe. England werde immer auf der Seite des kollektiven Systems gegen jede Regierung stehen, die jedes Wort zu finden suche, das durch eine Rückkehr zum Machtpolitik den Frieden zu brechen suche, den dieses System gerade schaffen wolle.

Locarnodebatte im Unterhaus

Am Deutschlands Mitgliedschaft im Völkervertrag

London, 17. Mai.

Im Unterhaus wurde der Außenminister gefragt, ob die englische Regierung noch beabsichtige, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkervertrag und Locarnovertrag festzuhalten, oder ob sie den Vertrag gemeinsam mit den anderen Unterzeichnern abändern wolle, da die Voraussetzung für die Wirksamkeit des Locarnovertrages die Mitgliedschaft Deutschlands in Genf sei.

Lordseegehwahner Eden antwortete u. a.: Der Vertrag enthält keine Bestimmung über eine etwaige Abänderung für den Fall, daß irgendeiner der Unterzeichner zu irgendeiner Zeit aufhören sollte, Mitglied des Völkervertrages zu sein. Wie der Außenminister am 12. Dezember 1933 erklärte, ging die Ansicht der englischen Regierung nach der Befragung des Kronjuristen dahin, daß der Austritt irgendeiner Partei aus dem Vertrag von Locarno an sich nicht die Befreiung aller Parteien von ihren Verpflichtungen des Vertrages in sich schließt. Ich möchte daran erinnern, daß die englische Regierung durch die in der Entschließung der Streitkonferenz niedergelegten englisch-italienischen Erklärungen formal alle ihre Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag erneut bestätigt und ihre Absicht ausgedrückt hat, sie im gegebenen Falle getreu durchzuführen.

Der arbeiterparteiliche Abgeordnete Tom Williams fragte hierauf, ob angesichts der Tatsache, daß nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkervertrag die vertraglich vorgesehene einmütige Entschließung nicht möglich sei, überhaupt von der Gültigkeit des Locarnovertrages gesprochen werden könne.

Eden antwortete: Erstens ist Deutschland noch Mitglied des Völkervertrages, sein Austritt wird nicht vor Oktober wirksam. Zweitens schließt nach Ansicht der britischen Regierung der Austritt irgendeines Unterzeichners des Locarnovertrages aus dem Völkervertrag an sich nicht die Befreiung aller Parteien von ihren Verpflichtungen des Vertrages in sich.

General Göring nach Warschau abgereist

Berlin, 17. Mai.

Ministerpräsident General Göring hat mit dem jahresplanmäßigen Zug nach Warschau Berlin verlassen. In seiner Begleitung befinden sich als Vertreter der Wehrmacht General der Infanterie von Bodt für das Reichswehr, Konteradmiral Wihel für die Reichsmarine und Generalmajor Weser für die Reichsluftwaffe, außerdem Oberstleutnant Bodensack und Major Conrath. Während des Aufenthaltes in Polen ist dem Ministerpräsidenten der polnische Oberst von Morawski attached.

Urlaub im Jahre 1935

Da bis jetzt ein einheitliches Urlaubsrecht nicht geschaffen wurde, und der Treuhänder der Arbeit sich außerstande sieht, sämtliche Tarifordnungen durch den Erlass einer neuen Urlaubsregelung noch vor dem Beginn des neuen Urlaubsjahres zu ergänzen, empfehle ich dringend, im Einvernehmen mit dem Sachverständigenbeirat der Deutschen Arbeitsfront und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, für das Jahr 1935 den Urlaub für die gewerblichen Beschäftigten sämtlicher Betriebe, also auch derjenigen, die als Kleinbetriebe keinen Vertrauensrat zu bilden haben, nach folgenden Sätzen zu verordnen:

a) Urlaub für jugendliche Arbeiter:

im 1. Arbeitsjahr	12 Arbeitstage
im 2. Arbeitsjahr	10 Arbeitstage
im 3. Arbeitsjahr	8 Arbeitstage
im 4. Arbeitsjahr	6 Arbeitstage

b) Urlaub für Lehrlinge:

1. 2. 3. 4. Lehrjahr	12 10 8 6 Arbeitstage
bei 4jähriger Lehrzeit	12 10 8 6 Arbeitstage
bei 5jähriger Lehrzeit	12 9 6 6 Arbeitstage

Es wird erwartet, daß die Betriebsführung bei rechtzeitiger Mitteilung durch die HJ auch denjenigen Jugendlichen und Lehrlingen, die hiernach Anspruch auf einen geringeren Urlaub haben, die Teilnahme an einem Kururlaub in einem Ferienlager der HJ dadurch ermöglicht wird, daß sie einen Höchstaurlaub von 12 Arbeitstagen gewährt.

Zur Klarstellung verschiedener Anfragen sei angeführt, daß selbstverständlich für die Teilnahme am Reichsberufswettkampf, sowie für die Schulzeit Abzüge von der Verletzungsentschädigung nicht erfolgen dürfen.

c) Urlaub für erwachsene gewerbliche Beschäftigte: Insofern nicht durch Tarifordnungen, die in der letzten Zeit ergangen sind, andere Bestimmungen für einzelne Industrie- und Gewerbebereiche getroffen bzw. von Treuhänder in Kraft gesetzt wurden, gilt folgendes: Bei der Berechnung desurlaubes ist im allgemeinen von der bisherigen Berechnungsgrundlage auszugehen (Verursjahr, Betriebszugehörigkeit, Lebens- und Arbeitsjahr). Soweit nicht tarifliche Bestimmungen entgegenstehen, ist nach Beratung im Vertrauensrat zur Verwirklichung des Leistungsprinzips eine Ergänzung der Urlaubsbestimmungen mit dem Ziel zu empfehlen, den tüchtigen Facharbeiter nicht dann schlechter zu stellen, wenn er infolge eines berufsüblichen häufigen Wechselns seiner Arbeitsstätte nicht eine entsprechende Betriebszugehörigkeit aufweisen kann.

Für die Dauer desurlaubes gilt folgende Richtlinie: Als Mindesturlaub nach einjähriger Betriebszugehörigkeit werden 6 Tage angesehen. Der Urlaub steigert sich bis zu 12 Tagen, wobei diese Staffel nach 10jähriger Betriebszugehörigkeit oder 15jähriger Verurszugehörigkeit zu erreichen ist.

Es wird den Betriebsführern überlassen, nach Beratung im Vertrauensrat denjenigen Beschäftigten, die auf eine langjährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken können, oder besondere Leistungen aufweisen, eine Treue- bzw. Leistungsprämie in Gestalt eines Zuschlagsurlaubs zu gewähren.

Schwerverletzungsbeschädigte erhalten in allen Fällen den Höchstaurlaub.

d) Anteiliger Urlaub: Erfolgt ohne Verschulden des Arbeitgebers die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, bevor

der Urlaub fällig ist, so hat er für jeden Monat, der zwischen dem Eintrittstag bzw. der Wiederholung des Eintrittstages und dem Entlassungstage liegt, Anspruch auf $\frac{1}{12}$ der vorstehenden Sätze.

e) Urlaubszeit: Der Urlaub ist im allgemeinen während des Sommerhalbjahres zu geben. Der Zeitpunkt des Urlaubsantritts richtet sich nach den Verhältnissen des einzelnen Gewerbes bzw. Betriebes, wobei den Wünschen der Beschäftigten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ist.

f) Schlußbestimmung: Sind durch Tarifordnung oder Betriebsordnungen bessere Bestimmungen getroffen, so bleiben diese in Kraft.

Der Treuhänder wird die Durchführung dieser Richtlinien überwachen. Sollten sie nicht eingehalten werden, so wird er in den einzelnen Tarifordnungen die Urlaubsregelung mit Wirkung ab 1. 4. 1935 entsprechend diesen Sätzen festlegen.

Hannover, 29. April 1935.

gez. Dr. Rimnich.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Esßfeld, den 18. Mai 1935

Tages-Zeiger

o-Abgang: 4 Uhr 27 Min. o-Abgang: 8 Uhr 20 Min.

Schwaßer:

22.2 Uhr Vorm. — 22.1 Uhr Nachm.
19. Mai: 2.59 Uhr Vorm. — 3.16 Uhr Nachm.
20. Mai: 3.36 Uhr Vorm. — 3.51 Uhr Nachm.

Zum Sonntag Kanale.

Ein neues Lied sollen wir singen. Die alten Lieder sind abgenutzt, sie haben keine Kraft und Kühnheit, kein Feuer und keine Freude, keine Lust und kein Leben mehr. Sie haben alle dieselbe Tonart, die Melodie des Todes. Darum tut uns ein neues Lied not, ein Ton voll Mut und Macht, eine Melodie voll Stärke und Sieg. Genug der Klageklänge und Trauerweisen, neue Saiten gespannt, und ein neues Lied soll brausen und klingen, ein Lied des Lebens. Ein neues Lied sollen wir singen, aber nicht nur uns selbst, sondern auch dem Herrn. „Singt dem Herrn ein neues Lied, denn er tut Wunder!“ Gott will auch nicht immer die alten Lieder hören. Er ist es, der den neuen Morgen und die neue Zeit gibt, die neue Hoffnung und das neue Leben schafft. Er ist es, der immerfort neue Wunder wirkt und neue Lieder dichtet, das Lied des Lebens spielt in immer neuen Akkorden. Die ganze Welt ist jetzt seiner Wunder voll. Hat doch die Natur, zum neuen Lebenswunder erwacht, ihm ein Lied angestimmt von Knospen und Grünen, Blüten und Düften, singt sie ihm doch zum Preise aus ihrer geliebten Sänger Brust ihre wonnigen Lieder, lodend und lieblich im seligen Lenz, greift sie doch zu seinem Ruhme voll in die Saiten und spielt mit dem ganzen kosmischen Orchester das neue Lied des Lebens. Ja, es jauchzt dem Herrn alle Welt, alle Lande sind seiner Ehre voll, denn er tut Wunder! Ein neues Lied sollen auch wir Menschen ihm singen. Lieberall, wo Gotteswunder uns begegnen, in Lenz und Liebe, in Natur und Geist, da greifen die Menschen in die Saiten, und Walter und Harfe machen auf. „Nun, armes Herz, sei nicht bang, nun muß sich alles, alles melden!“ Der böse Dämongeist muß weichen. Zweifel und Schwermut fliehen vor den neuen Klängen. Das Herz wird wieder frohlich und die Seele hart. Das Lied von der Lebenswundermacht Gottes an unterm Dorfl soll brausen und rauschen, und unsere Herzen sollen darin leben. So wollen wir es halten, das liebt unser neues Lied. Darum auch, ihr Betrüben und Verzagen, stellt euch heute froh zu der Schar der Singenden und Spielenden, auch auf eurer Seele sind neue Saiten gespannt, aus denen neue, volle Lebensklänge klingen: Jubilate, Kantate! Singt und spielt dem Herrn auf euren Herzen! Singt dem Herrn ein neues Lied!

* „Um das Menschenrecht“. Der Ortsgruppenobmann der NSDAP, Ortsgruppe Esßfeld, teilt mit: Nachdem der unter dem Protektorat der NSDAP aufgeführte Film „Stoßtrupp 1917“ einen wahren Siegeszug nicht nur in Deutschland, sondern auch im fernsten Ausland erlebt hat, ist ein weiteres Filmwerk nach dem Buch des berühmten Schriftstellers Hans Jöberlein, „Der Glaube an Deutschland“, in dem er das gewaltige und erschütternde Erlebnis des Frontsoldaten schildert, unter dem Titel „Um das Menschenrecht“ erschienen. Dieser Film schildert in grandioser Art den seelischen Zwiepakt des zurückkommenden Frontkämpfers im ersten Revolutionsjahr und die unbefriedigbare Kraft der deutschen Frau im Sturm der Klassenkämpfe. Ein Ehrenmal für die Freiheitskämpfer. Ein Mahnmal für die junge Generation. Die NSDAP hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch diesem Film denselben Siegeszug zu verschaffen, als ihn sein Vorgänger hatte.

* Nach dem Befehl über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 bedarf unter anderem einer Genehmigung, wer gewerbetätig Personen mit Kraftomnibussen linienmäßig (Unternehmer von Linienverkehr) oder mit Landfahrzeugen nicht linienmäßig (Unternehmer von Gelegenheitsverkehr) befördern will. Für die Erteilung ist zukünftig; bei einem Gelegenheitsverkehr mit Landfahrzeugen (durch Kraft von Maschinen oder Tieren bewegt), die auf öffentlichen Wegen oder Plätzen für den öffentlichen Verkehr bereit gehalten werden und nicht mehr als acht Sitzplätze einfüßt, Führer (Droschken), der Amtshauptmann oder der Oberbürgermeister, bei jedem anderen Gelegenheitsverkehr und einem Linienverkehr der Minister des Innern. Die sämtlichen Anträge sind mit den vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen dem Amtshauptmann oder Oberbürgermeister einzureichen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller zuverlässig ist, die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes gewährleistet ist und das Unternehmen den Interessen des öffentlichen Verkehrs nicht zuwiderläuft. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn kein Bedürfnis vorliegt. Die auf Grund des bisherigen Rechts genehmigten Linien gelten als Linienverkehr nur dann, wenn in dem Betriebe Kraftomnibusse verwendet werden. Soweit Unternehmern von Gelegenheitsverkehr auf Grund des bisherigen Rechts eine

Genehmigung erteilt worden ist, erfüllt sie mit Ablauf des 30. Septembers 1935. Unternehmer von Gelegenheitsverehr, die auf Grund des bisherigen Rechts keiner Genehmigung bedürftig, können den Gelegenheitsverehr bis zum gleichen Zeitpunkt weiter betreiben. Soll der Gelegenheitsverehr über den 1. Oktober 1935 hinaus fortgeführt werden, so ist der Antrag auf Erteilung der Genehmigung spätestens bis zum 1. Juni 1935 beim Minister des Innern, Amtshauptmann oder Oberbürgermeister einzureichen. Hier wird auch Auskunft über die seit dem 1. April 1935 geltenden Bestimmungen erteilt.

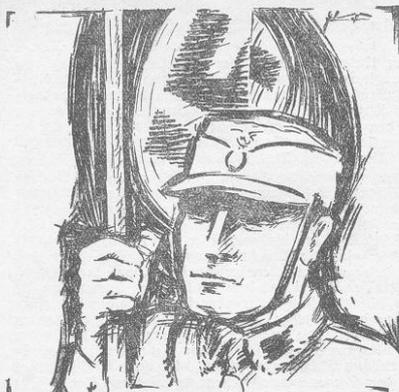
* **Erleichterung des Landarbeiterswohnungsbaues.** Wie bereits mehrfach bekanntgegeben, gemäß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei Mehreinstellung von Landarbeiter-Familien einen Zuschuß bis zur Höhe von 1800 RM für den Bau von Landarbeiterwohnungen. Bisher konnten diese Zuschüsse nur gewährt werden, wenn die Einstellung des in Frage kommenden Landarbeiters nach dem 1. 4. 1934 erfolgt war. Hierin ist nun eine wesentliche Erleichterung eingetrossen. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat unter Zustimmung der beteiligten Reichsminister verfügt, daß ein Zuschuß bis zu 1500 RM (höchstens jedoch 40 % der Gesamtkosten) zum Bau von Landarbeiterwohnungen durch die Arbeitsämter gezahlt wird, wenn die Einstellung eines Landarbeiters zwar vor dem 1. 4. 1934, aber nach dem 1. 1. 1933 erfolgt ist. — Bisher sind in Niedersachsen rund 350 Landarbeiterwohnungen im Bau. Es ist zu hoffen, daß durch die neue Erleichterung eine weitere Anzahl hergestellt werden kann. — Auskunft erteilen die Arbeitsämter die auch die Anträge entgegennehmen.

* **Elsteth-Neuenfelde.** Der Bauer Wilhelm Gloystein, Neuenfelde, fand auf seinen Vändereien eine guterhaltene, alte Münze. Die Vorderseite derselben weist das Bildnis vom Grafen Anton Günther auf und trägt als Inschrift die Worte: „Anton Günther: Commandeur von Oldenburg, Delmenhorst und Riephausen“, während die Rückseite das vereinigte Wappen dieser drei Landesteile zeigt und die Jahreszahl 1658 trägt. Der damalige Wert dieser Münze, der ebenfalls auf der Rückseite vermerkt ist, ist mit XXIII Goot angegeben.

* **Oldenburg, 16. Mai 1935.** Zentralnotizmarkt. Amtlicher Bericht vom Ferkelmarkt. Auftrieb: 1033 Stück. Ferkel, bis 6 Wochen alt 16.00—19.00 RM Ferkel, 6—8 Wochen alt 19.00—22.00 „ Ferkel, 8—10 Wochen alt 22.00—24.00 „ Marktverlauf: Mittelmäßig.

* **Oldenburg.** Die Kolonisierung des früheren Herzogtums Oldenburg konnte erklärerweise erst erfolgen, nachdem eine Regelung der Besitzverhältnisse und die Befreiung der Heide- und Moorflächen von Abgaben, sog. Gerechtsame und Servitute vorgenommen worden war. Durch die sog. Teilungs- und Wöllungsgeleßgebung geschah dies erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Die älteste Siedlung ist die Kolonie Beerbruch, ihre Gründung erfolgte bereits im Jahre 1820. Erst 24 Jahre später, im Jahre 1844, ist die Kolonie Jeddeloh II entstanden. Es folgten die Kolonien Galenhorst, 1846 gegründet, und im selben Jahre auch Augustehfen. Petersfehfen entstand im Jahre 1847, Menkshausen 1849, Marbusghermoor 1850, Steinlage 1852, Imwegermoor 1861, Wildenloh und Friedrichsfehfen 1862, Elisabethfehfen 1866, Moslesfehfen 1871 und Petersdorf 1874. Necht günstig waren die damaligen Einweissungsbedingungen. Nach 10 Frei Jahren hatten die Kolonisten für Sand- und Lehm Boden 50 Fg bis 3 RM und für Moorboden 1 bis 2 RM jährlich für 1/2 Hektar an Abgaben, sog. Kanon, zu zahlen. Das Land war in fünf Klassen eingeteilt und nach der Einstufung waren die Abgaben zu entrichten. Innerhalb bestimmter Jahre war die Veräußerlichkeit und Aufteilbarkeit der Kolonate verboten. Die Abgaben waren mit einem 30fachen Betrage abzulösen und dann waren die Kolonate Eigentum des Kolonisten.

* **Oldenburg.** Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden 1. der 22jährige Erich C., 2. der 27jährige Peter C. (geboren in Stellen, Amerika), 3. der 33jährige Boths M., 4. der 24jährige Joseph B. und 5. der 22jährige Walter Sch., sämtlich wohnhaft in Delmenhorst. Zu ihnen kommt auf die Anklagebank die 27jährige Ehefrau des C., Sofie geb. R. Die Angeklagten C., E., B. und Sch. überfielen am Weihnachtsabend vorigen Jahres um etwa 20 Uhr in seiner Wohnung den 70jährigen Landwirt Hermann B. in Tappenort, nachdem die ihn veranlaßt hatten, auf ihr Aulen und Klopsen die Haustür zu öffnen. Sie banden ihn die Hände mittels eines mitgebrachten Stricks auf den Rücken zusammen und zwangen ihn, ihnen das im Hause befindliche Geld, allerdings nur 5 bis 6 RM, herauszugeben bzw. ihnen den Aufbewahrungsort zu zeigen. Dann ergriffen sie fünf Hühner, schlachteten diese an Ort und Stelle und verpackten sie in einen Sack. Dazu eigneten sie sich noch eine Seite Speck, einen Schinken (je etwa 25 Pfund schwer) und mehrere Mettwürste an. Schließlich warfen sie B. gefesselt auf sein Bett und verließen das Haus. — Am 1. März d. J. erschienen C., E. und M. in Reichshäuserheide morgens um etwa 9.30 Uhr bei dem Hause des Ehepaars M., in dem sich die Poststelle befindet. Während M. draußen blieb, begaben sich C. und E. mit geschwätzten Gesichtern in das Haus, E. hielt der Frau M. eine Pistole an die Brust und rief: „Geld her!“ In diesem Augenblick kam die Tochter in das Haus. Sie wurde von C. angepackt und festgehalten. Die beiden Eindringler begaben sich dann in das Dienstzimmer und entwendeten etwa 547 RM Bargeld und für 4 RM Postwertzeichen. Fernach trafen sie mit M. wieder zusammen, und alle drei teilten sich den Raub. — Die Angeklagten C. und M. führten ferner noch folgende Diebstähle aus. In der Nacht zum 12. Januar öffneten sie mittels eines Dietrichs das Schlachthaus des Schlächtermeisters Jarosch in Delmenhorst und stahlen dort mehrere Seiten Speck und einige Würste. M. hand Schmirer. Mitte Januar verschafften sie sich gewalttätigen Eingang in das unbewohnte Haus des Arbeiters Spinning in Hofenböden und erbeuteten hier



Gibt den Getreuen des Führers Erholung
MELDE DEINEN GASTPLATZ DER HITLER FREI PLATZ SPENDE BEI DER ORTSGRUPPE DER N.S.V.

Kleidungsstücke, Wäsche, ein Beil, 60 Pfund Bohnen, 2 Leisten, ein Zugmesser, 2 Hobel und einen Kessel mit 7 Pfund Schmalz. In der Nacht zum 23. Januar zertrümmerten sie eine Schauenscheibe des Radiohändlers Oetken, Delmenhorst, mittels eines Holzknüttels und stahlen aus dem Fenster zwei Radioapparate im Werte von je 250 RM an. — Die Angeklagte Frau C. erhielt von dem Hofstraß 80 RM, wovon sie einen Teil schon verbraucht hatte, als die Polizei erschien. Sie leugnete zunächst, etwas von dem Gelde erhalten zu haben, gab es dann aber zu, bestritt jedoch, von der Herkunft auch nur eine Abnung gehabt zu haben. Die Angeklagten, von denen nur B. erheblicher, die übrigen aber noch nicht oder nur unerheblich vorbestraft sind, sind im allgemeinen geständig. M. sucht sich freilich als den weniger Beteiligten oder gar Verführten hinzustellen, wird aber von den übrigen Angeklagten schwer belastet. — Oberstaatsanwalt Dr. Witte bezeichnet die Verfehlungen der Angeklagten als Räuberstücke aus Wildwest und erblickt in ihrem Zusammenwirken Vandendiebstähle. Er beantragte Zuchthausstrafen von 9, 8, 6, 4 und 3 Jahren sowie gegen Frau C. 3 Monate Gefängnis, ferner gegen C., E. und M. je 10 Jahre und gegen B. und Sch. je 5 Jahre Ehrverlust. — Nach langer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: C. 8 Jahre Zuchthaus, C. 6 Jahre Zuchthaus, M. 7 Jahre Zuchthaus und je 8 Jahre Ehrverlust, Sch. 3 Jahre Zuchthaus, B. 2 Jahre Zuchthaus und je 3 Jahre Ehrverlust, Frau C. anstelle einer Gefängnisstrafe von einer Woche 50 RM Geldstrafe.

* **Barel.** Vor dem Amtsgericht wurde gegen einen landwirtschaftlichen Gehilfen aus Strichhausen verhandelt, der sich eine schwere Urkundenfälschung zu Schulden kommen lassen hatte. Der Arzt Dr. B. hatte ihn behandelt, und zwar, wie in dem von ihm ausgestellten Attest angegeben war, wegen einer Verletzung am linken Fußgelenk. Der Angeklagte hatte das Datum dieses Attestes geändert und am Fuße aus eigener Machtvollkommenheit etwa folgenden Nachtrag gemacht: „Ich möchte ferner bemerken, daß Herr B. so mit dem Fuße nicht in der Lage ist, seinen Beruf in der Landwirtschaft wieder aufzunehmen. Der Fuß ist größtenteils verheilt, daher möchte ich (!) Herrn B. raten, einen anderen Beruf zu ergreifen. Der Fuß ist außerdem zerplittert.“ Mit diesem Zusatz war das Attest dann an das Arbeitsamt abgegangen. „Wie können Sie denn so eine blödsinnige, dumme Fälschung begehen?“, fragte der Richter, „das sieht ja jedes Kind!“ Und in der Tat, schlauer hätte man es wirklich nicht anfangen können. Der Angeklagte hatte ganz andere Tinte benutzt und seine eigene Handschrift war unverkennbar. Und der Grund zu der Entgeißelung? Der Angeklagte hatte sich einen anderen Beruf gewünscht und wußte sich kein anderes Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Der Staatsanwalt beantragte an Stelle einer an sich verdienten Gefängnisstrafe von einem Monat, 90 RM Geldstrafe. Der Richter erkannte auf 50 RM. Er berücksichtigte dabei die Unbestraftheit und Mittellosgkeit des B. (S.)

* **Wilhelmshaven.** Es war ein Kuriosum in der Stadt, das vor allem Fremde oft bspötelten, daß zwischen Willehad-Kirche und Reichsbank, zwischen dem schönen Neubau der Ortskrankenkasse und der großzügig angelegten Promenade der Prinz-Heinrich-Strasse nur Ackergerölde anzutreffen war. Oberbürgermeister Renken hat das fragliche Gelände käuflich erworben, nachdem es seit den Gründungsjahren der Stadt in festen Händen war. Nun gibt die Stadt das Gelände so billig wie möglich ab, damit die große Stadtblüde endlich erfüllt werden kann. In einer Sitzung der Gemeindeerde teilte dies Oberbürgermeister Renken mit. Verhandelt wurde der Nachtragsset, der mit und einer Million RM im außerordentlichen Teil und mit 117 000 RM im ordentlichen Teil ohne Fehlbetrag abschließt. Beachtenswert ist, daß alle Projekte des außerordentlichen Teils ohne Aufnahme einer Anleihe, also aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Dazu gehört einmal der Erwerb des genannten Ackergrundes mit einem Kaufpreis von 565 000 RM, der Kauf des Seemannshauses mit 96 000 RM, weiter der Ausbau der sogenannten grünen Allee, die Wilhelmshaven mit Rühringen verbindet. Die nächsten Projekte seien nun der Neubau eines Schild-Heilbades, Neubau einer Volksschule, eines Hallenbades, Durchführung des Altstadtsanierungsplanes, Fällung der Baulücken, Schaffung eines Viehhofes, Bahnhofneubau usw.

* **Wildehausen.** Unter Anleitung der Wirtschaftsprüfungskommission der Bauernvereine in Wildehausen haben sich in diesem Jahr viele Bauern zu einem Anbauversuch von brauchbaren Maisforten entschlossen, zumal auch die Zunahme der Silos hier immer noch weiter anhält. Mais ist im stichem Zustand und in der Mähtreife ein besonders gutes Silofutter. Aber auch die Anbauversuche von Raps haben in sehr großem Maße zugenommen.

* **Neuenfelde.** Um an einer goldenen Hochzeitfeier teilzunehmen, unternahm die 80jährige Anna Diesmann noch auf dem Gasfah eines Motorrades eine Fahrt. Die alte Frau, die wegen eines schmerzlichen Beinleidens am Gehen stark gehindert ist, wollte sich die Feier der goldenen Hochzeit nicht entgehen lassen. Ein junger Motorradfahrer erbot sich, die alte Frau mit seiner Maschine zum Feste zu bringen. Als man beim Hochzeitshaus angelangt war sagte die Mitfahrerin: „Dat gung moi, un of sein gau.“

Druck und Verlag: S. Zirk, Elsteth, Hauptchriftleitung, S. Zirk, Elsteth, Verantwortlicher Anzeigenleiter, S. Zirk, Elsteth, DV IV 35: 542. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Zu belegen auf erste mündliche sichere Stadt-Hypothek

4 bis 5000 RM

Näheres

B. Gloystein, Notar

Privat-Impfung

Mittwoch, den 22. Mai nachmittags 2 bis 3 Uhr

Dr. Senff
Dr. Buttke

Gesucht auf sofort oder spätere Zeit

ein Mädchen

für kleiner Haushalt, Nachfragen in der Geschäftsstelle

M. K.

Das schöne — gute — billige

M. K. - Briefpapier

Meinverkauf für Elsteth

H. Bargmann

Schreibwarenhandel

Zu verkaufen

2 Radio-Apparate

Nachzuz. in der Geschäftsstelle

Hamburg v. 28. Mai bis 2. Juni 1935

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 19. Mai

Cantate

10 Uhr: Gottesdienst

Balanzprediger Hanßmann-Strichhausen

11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst

4 Uhr: Kreis-Cantate-Fest

Kreispfarrer Pastor Harms-Rühringen

Ein Frauenchor und der Kirchenchor singen.

Kreis-Cantate-Fest

Sonntag, 19. Mai, nachmittags 4 Uhr, in der Kirche zu Elsteth

Kreispfarrer P. Harms-Rühringen hält einen Vortrag über

„Bach, Händel, Schütz“

Ein Frauenchor und der Kirchenchor wirken mit

Bitte Gesangsbücher mitbringen

Kreiskirchenrat Elsteth

Violi-Sonlichtspiele Sonnabend und Sonntag 20 1/2 Uhr:

Das Ringen des deutschen Frontsoldaten u. Arbeiter

Um das Menschenrecht

Ein Film aus Deutschlands Herrlichkeit und Dummheit von Hans Jöberlein

Bereitgestellt unter der Schirmherrschaft der NSDAP

Für Jugendliche zugelassen

Sonnabend für Formationen und Verbände

Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend-Vorstellung

Hammelwader Strandbad

Am Sonnabend, dem 18. Mai

Eröffnungs-Feier

mit Konzert und Tanz

Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt

ii Mockturtle

Sonntagskonzert mit Tanz

Es ladet freundlichst ein **Hermann Korings**